



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

534 (18.11.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-188487](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-188487)



# Mannheimer General-Anzeiger

Verleger: Dr. Frh. Gellert. Verantwortl. für den Inhalt: Dr. Frh. Gellert. Druck: Dr. Frh. Gellert. Mannheim, Postfach Nr. 17800. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 40 Pf. pro Monat. Postamt: Mannheim, Postfach Nr. 17800. Druck: Dr. Frh. Gellert.

## Badische Neuzeit Nachrichten

Ausgabe: Die Badische Neuzeit, 18. November 1919. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 40 Pf. pro Monat. Postamt: Mannheim, Postfach Nr. 17800. Druck: Dr. Frh. Gellert.

### Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß.

#### Lebhafte Huldigungen.

Berlin, 18. Nov. (WB.)

Das Reichstagsgebäude war heute in großem Umkreis von einem starken Aufgebot der Sicherheitspolizei abgesperrt. Kurz vor 10 Uhr traf das Auto des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, General Ludendorff und General Heisterich vor dem Reichstagsgebäude ein, begleitet von einer starken Eskorte Sicherheitspolizei. Die Menge, die unterdessen den Korridor durchbrochen hatte, bereitete den beiden Heerführern eine lebhafte Ovation. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Berlin, 18. November.

#### Die Vereidigung.

(Von unserem Berliner Büro.)

Schon lange vor Beginn der Sitzung ist der Sitzungssaal dicht gedrängt. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien wohnen den Verhandlungen bei. Auf dem Zeugentisch, vor dem Generalfeldmarschall Hindenburg Platz nehmen soll, liegt ein Strauß von weißen Kranzthemen, umschlungen von einem schwarz-weiß-roten Band. Um 10 1/2 Uhr betreten Hindenburg und Ludendorff im schwarzen Gehrock das Sitzungszimmer. Der Vorsitzende Gothein erwartet am Zeugentisch den Generalfeldmarschall, während alle Anwesenden sich erheben.

Vorsitzender Gothein richtet darauf an den Generalfeldmarschall folgende Worte: Herr Generalfeldmarschall, der Ausschuß hätte Ihnen gern die Ruhe erspart, vor ihm hier zu erscheinen, er hätte Ihnen gern in dieser Winterzeit die schmerzliche Reise erspart. Da aber General Ludendorff Wert darauf legte, gemeinsam mit Ihnen vernommen zu werden, müssen wir Sie bitten, hier zu erscheinen.

Generalfeldmarschall Hindenburg: Ich darf wohl annehmen, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, an der Seite meines Kampfgesossen in schwerer und großer Zeit hier zu erscheinen. Ich bin dankbar dafür, daß mir hier die Gelegenheit dazu gegeben ist; ebenso dankbar, daß mir die Reise erleichtert worden ist.

Herr Gothein: Herr Generalfeldmarschall, ich bitte Sie, jetzt den Zeugniseid zu leisten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Ich bin bereit, den Eid zu leisten, möchte aber bitten, daß ich vorher eine Erklärung verlesen darf, die für mich und General Ludendorff abgegeben ist.

General v. Ludendorff: Ich stehe auf demselben Standpunkte, wie Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 hat die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuß eingesetzt zur Ermittlung gewisser Tatbestände vor und während des Krieges. Es wird verlangt, daß die beiden Angeklagten sich eidlich äußern über die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung. Paragr. 34 der Verfassung bestimmt auch, daß für das Untersuchungsverfahren Bestimmungen der Strafprozeßordnung inwieweit Anwendung finden. Diese liegt das Recht der Zeugnisverweigerung vor.

Da es sich in dem hier schwebenden Verfahren um Fragen des künftigen Glaubens hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Fortsetzung des Krieges handelt und sich daher Gefahren für die Zukunft ergeben, so erklären wir beide Angeklagten, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General der Infanterie von Ludendorff, daß wir eine Aussagepflicht, die für uns rechtliche Gefahren ergeben könnte, grundsätzlich nicht anerkennen können, sondern daß wir, wie schon der kaiserliche Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und sein Stellvertreter Dr. Helfferich ausgeführt haben, vor einer Anormalität stehen. Wenn wir gleichwohl zur Eid- und Aussageleistung uns entschlossen haben, so geschieht es lediglich aus der Erwägung, daß ein nach einem vierjährigen Krieg noch so starkes Volk wie das deutsche ein Recht darauf hat, zu wissen, wie sich die Tatsachen unverzerrt und ohne Parteilichkeit an der Front und in der Heimat abgespielt haben. Nur an der Wahrheit kann das Volk wieder gesund werden. Darum habe ich mir zur Eidleistung und zur Aussage bereit.

Was die Verfassungsmäßigkeit des Untersuchungsausschusses anlangt, so schließen wir uns den Vorbehalten an, die Dr. Helfferich geteilt in seiner Erklärung niedergelegt hat.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General v. Ludendorff leisten darauf den Eid mit dem religiösen Zusatz.

#### Beginn der Vernehmung.

##### Gothein verbietet Werturteile.

Vorsitzender Gothein: Die erste Frage, die wir Ihnen vorlegen werden, lautet: Von welchem Standpunkte aus hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boorkrieges am 1. 2. 1917 für unaufhebbar und aus welchen Gründen?

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Bevor ich diese Frage pflichtgemäß beantworte, bitte ich als Grundfrage für untergeordnet zu behandeln in der Kriegszeit folgendes vorlesen zu dürfen. Denn aus dieser Grundfrage heraus ist alles geworden, was wir gern haben. (Unterredung.)

Herr Gothein: Wir haben allerdings die Absicht, von der Vernehmung längerer Schlichte Abstand zu nehmen, weil es sich hier lediglich um die Feststellung von Tatsachen handelt. Ich weiß nicht, inwieweit diese Verlesung sich auf die Feststellung von

Tatsachen bezieht. Es ist aber in wiederholten Erklärungen des Ausschusses ausdrücklich festgelegt worden, daß Werturteile sowohl von Zeugen, wie von den Mitgliedern des Ausschusses absolut zu vermeiden sind.

##### Generalfeldmarschall v. Hindenburg:

Als wir die Oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg bereits 2 Jahre im Gange. Die Ereignisse nach dem 29. 8. 1916 lassen sich aber nicht losgelöst von den Ereignissen vor diesem Datum beurteilen. Denn der Krieg, der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und England und Japan andererseits, bald darauf auch England und Japan ausgebrochen ist, hatte an Ausdehnung zugenommen. 1915 trat Italien, 1916 Rumänien an der Seite unserer Gegner in den Krieg ein. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Die Räume dehnten sich in das Gigantische. Die Truppen nahmen ungeheure Stärken an, und die Technik gewann eine vorherrschende Bedeutung. Krieg und Weltwirtschaft griffen ineinander über wie nie zuvor. Das zahlenmäßige Verhältnis der Truppenkräfte an Menschen, Maschinen, Munition und anderen Hilfsmitteln war für uns von Anfang an so ungünstig wie möglich. Niemals mochte der Wert der Imperdabilien des Krieges, die moralische Qualität der Truppen, die Anforderungen an die zentrale und lokale Führung so schwer. Niemals war die Leistung der Rinderheit so ungeheuer, als in diesem Kriege. Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die Oberste Heeresleitung Rechnung zu tragen. Auf ihm ruhte unsere Arbeit. Getragen von der Liebe zum Vaterlande konnten wir nur ein Ziel, das deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und militärischerseits ein gutes friedliches Ende entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen, mußten wir den unerschütterlichen Willen zum Siege haben. Dieser Wille kam mir als ein unüberwindliches Gebunden an den Glauben an unser gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, daß wir in dem ungleichen Kampfe unterliegen müßten, wenn nicht die gesamte Kraft der Heimat auf den Sieg, auf den Rechtfrieden eingestellt wurde und die moralischen Kräfte von der Heimat gestützt würden.

Der Wille zum Siege schien uns natürlich nicht als eine Frage der persönlichen Entschlossenheit, sondern als Ausdruck des Volkswillens. Hätten wir den Willen zum Siege nicht gehabt, hätten wir ihn nicht als selbstverständlich angesehen beim Volke, hätten wir das schwere Amt nicht übernommen. Ein General, der seinem Lande den Sieg nicht erstreiten will, darf nicht das Kommando übernehmen, oder doch nur bei einem gleichzeitigen Auftrag zu kapitulieren. Solchen Auftrag hatten wir nicht erhalten. Wir hätten auch bei einem solchen Auftrage die Übernahme der Obersten Heeresleitung abgelehnt. Der große deutsche Generalstab ist im Sinne des großen Militärphilosophen von Clausewitz erproben. Wir sehen den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln an. Unsere Friedenspolitik hat versagt. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten.

Vorsitzender Gothein: Hier ist ein Werturteil. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Werturteile hier ausgeschlossen sein sollen von der Befragung der Zeugen. Ich erhebe also gegen diesen Satz Einspruch.

v. Hindenburg: Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden. Ich weiß nur das Eine mit absoluter Gewissheit, das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht und der große Generalstab erst recht nicht. Denn er kannte eisenhart, wie jemand sonst, unsere unendlich schwierige Lage in einem Kriege gegen die Entente.

Daß die militärische Zentralleitung auch auf die Möglichkeit eines etwa unermesslichen Krieges vorbereitet war, um dann ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun, ist selbstverständlich. Dazu war sie da. Sie war verpflichtet, im Falle, daß ein Krieg unvermeidlich sei, alle uns möglichen Chancen auszunutzen. Wir betrachteten es als unsere vornehmste Aufgabe, den Krieg durch militärische Mittel so schnell als möglich zu beendigen, um der Reichsleitung es zu ermöglichen, die Geschäfte des Bundes wieder mit den normalen Hilfsmitteln der Politik zu bestimmen. Diese Auffassung ist natürlich nur maßgebend für die Führung des Krieges und bedarf keiner Erörterung. Im Weltkriege kam die Erkenntnis hinzu, daß das Überleben der Rasse an Lebensblut und totem Material noch mehr, daß die Verluste in allen Werten ein beispielloses Ausmaß gewinnen mußten, auch bei dem relativ günstigsten Kriegsausgang, daß diese Schwächung einem unendlich verlustreichen Kriege gleich käme, wenn schon die Welt zum Vaterland und zum Volke uns anwand, den Krieg möglichst bald zu beendigen, so wurde dieser Wunsch noch verstärkt. Wir wußten, was wir vom Heere, der oberen und niederen Führung, nicht mehr von dem Manne im Feldgrauen Rod zu fordern hatten und was die Gerechtigkeit haben.

Aber trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung, trotz der zahllosen Überlegenheiten des Feindes konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eintritten wäre. Darin hatten wir das Mittel zum Siege gesehen, den wir erreichen wir den festen Willen, über uns geschiedt nun? Während sich beim Feind außer seiner Überlegenheit ein Zusammenwirken von Partein und allen Schichten zeigte, so sah ich in dem Willen zum Siege immer fester zusammenzuschließen, und zwar je schwieriger unsere Lage wurde, da machten sich bei uns die Parteinteressen geltend. (Unterredung.)

Herr Gothein: Hier handelt es sich wieder um ein Werturteil, das über das Volk gegeben wird. Nach Bekundung des Ausschusses sollen solche Werturteile nicht abgegeben werden. So leid es mir tut, ich kann beim Herrn Generalfeldmarschall keine Ausnahme machen gegenüber den Beschlüssen die wiederholt gefaßt worden sind. Ich bitte diese Fälle zu übergeben.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Diese Zustände führten zur Spaltung des Siegewillens.

Herr Gothein: Auch das ist ein Werturteil, gegen das Einspruch erhoben muß.

v. Hindenburg: Die Geschichte wird über das, was ich nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Zu jener Zeit hat nach der Wille zum Siege geübt. Als wir unser Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Reihe von Anfragen, um die Zusammenfassung aller Kräfte herbeizuführen. Was schließlich wieder durch die Einwirkung der Parteien aus unseren Anfragen geworden ist, ist bekannt. Ich wollte Kraft und Arbeit gewinnen, bekam aber Kräfte und Schwäche.

Vorsitzender Gothein: Das ist wieder ein Werturteil.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr geküßt. Wir haben oft unsere warnende Stimme. Seit dieser Zeit fehlt auch die heimliche Festschaltung von Heer und Flotte ein. Die Wirkung dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung während des letzten Krieges nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung freihielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. (Worte des Vorsitzenden.) Nach Rücksprache mit den Hrn. Warmuth und Dr. Singheim unterläßt Vorsitzender Gothein die Unterbrechung des Generalfeldmarschalls. Unsere Forderung, strenge Zucht und strenge Handhabung der Gerechtigkeit durchzuführen, wurde nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mitsingen, so mußte der Zusammenbruch kommen. Die Revolution bildete nur den Schlussstein. Ein englischer General sagte mit Recht: die deutsche Armee ist vor hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises. Am übrigen erkläre ich, daß General Ludendorff und ich bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in voller Uebereinstimmung gearbeitet haben. Wir haben Sorge und Verantwortung gemeinschaftlich getragen. Wir vertreten hiermit auch Hand in Hand die Auffassungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916.

Vorsitzender Gothein: Nun die Frage: Zu welchem Zeitpunkt hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boorkrieges am 1. Februar 1917 für unaufhebbar und aus welchen Gründen?

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Wir hielten den uneingeschränkten U-Boorkrieg, das heißt das Fortfallen der Beschränkungen des bisherigen U-Boorkrieges schon bei unserem Eintritt in die Oberste Heeresleitung für geboten. Ich kann meine Ausführungen daher nur aus dem Gedächtnis machen. Als der Generalfeldmarschall und ich in die Oberste Heeresleitung eintraten, war die Lage sehr ernst. Diese Ansicht war damals auch Gemeingut des Volkes und wurde auch von der Presse des In- und Auslandes entsprechend gewertet.

Unsere Materialausstattung war nicht genügend, die Munitionsausstattung zu gering und das Bedeuten mit klaren, dünnen Worten schwerste Beschlüsse von Menschenleben und Werten. Die sogenannten unerhöhllichen Hilfsmittel Amerikas fanden der Entente bis auf die Mittelkräfte schon vorher zur Verfügung. Wenn sich nach der Kriegserklärung die Kriegsindustrie noch entfalten, so war das zum Teil eine Wirkung der wirtschaftlichen Störung der Ententeländer durch den U-Boorkrieg und eine reine Geschäftsfrage. Ich bitte für diese militärisch höchwichtige Frage Sachverständige, Amerikaner und möglichst Sachverständige aus Amerika selbst zu hören. Auf die Führung des U-Boorkrieges vor dem 29. August gehe ich nicht ein.

Ich nehme an, daß die Untersuchung sich auf diesen Punkt ausdehnen wird, um festzustellen, ob in dem späteren Beginn mit der Führung des uneingeschränkten U-Boorkrieges nicht eine schwere militärische Unterlassung vorliegt. Das war die Befürchtung, als der Generalfeldmarschall und ich in die Oberste Heeresleitung berufen wurden, mit dem klaren Willen und mit dem klaren Hoffen des gesamten Volkes zu siegen. Das wußten wir auch aus der Presse von rechts und links entnehmen. Nur wenige waren es damals wohl, die einen Sieg der deutschen Waffen aus Furcht vor der sogenannten Reaktion und dem verurteilten Militarismus für unerwünscht hielten. Aber sie waren selber vorhanden.

Es trat dann eine Unterbrechung ein, die durch einen Einwand des Sachverständigen Dietrich Schäfer hervorgerufen wurde. Der Einwand wird vom Ausschuß zurückgewiesen.

v. Hindenburg: Man hat mir gesagt, daß eine Unterbrechung von mir so aufgefaßt worden ist, als ob sie eine tendenziöse Spitze gegen die alte Regierung enthalten sollte. Das war nicht meine Absicht. Ich war mir der unendlichen Schwierigkeiten stets bewußt, mit denen die frühere Regierung zu kämpfen hatte und darf es hier offen aussprechen. Ich wolle der früheren Regierung niemals zu nahe treten.

##### Aussagen Ludendorffs.

v. Ludendorff: Uns beschäftigte mit großer Sorge die Sicherstellung der Kampfmittel für die weitere Kriegsführung. Im September 1916 trat der Reichskanzler an uns mit dem Gedanken eines Friedensangebotes an Wilson heran. Wir stimmten zu. Ich weiß noch heute, mit welcher Spannung aber auch mit welcher Elegie wir warteten, ob Wilson wirklich den Frieden vermitteln würde. Als nichts kam, waren wir nicht überrascht, da wir die ersten wirtschaftlichen Verfallensstadien der Vereinigten Staaten zu England kannten. Als der Reichskanzler dann das Friedensangebot der Mittelmächte vorlegte, machten wir gleichfalls loyal mit.

Wir taten dies umso lieber, als wir den Willen unseres obersten Kriegsherrn kannten, seinem Volke den Frieden zu geben und dem Heere einen neuen Winterfeldzug zu ersparen. Der Kaiser sprach in eindringlichen Worten von seinen hohen Pflichten, die er als Monarch gegenüber seinem Volke und seinem Gott in seinem Bewußtsein fühlte. Wir hielten uns daher entschlossen bereit zur Mitarbeit an seine Seite. Der militärische Schaden, der durch die Tatsache unseres Angebotes geschaffen werden konnte, wurde nach Möglichkeit überwunden. Erst nach der Einnahme von Bukarest und nach der Annahme des Hilfsdienstgesetzes wurde das Friedensangebot veröffentlicht.

Wir befinden uns auch hierbei im vollsten Einvernehmen mit dem Reichskanzler. Auch über die Wirkung dieses Angebotes dachten wir zuerst sehr skeptisch, da die militärische Lage beim Feinde keine zwingenden Gründe für eine Friedensgeneigntheit herorgebracht hatte. Wohl hatte der Feind militärische Verluste erlitten, wohl waren seine Pläne zusammengebrochen, aber die feindlichen Völker waren noch gesund. Lloyd George war der führende Mann in England und wurde es in diesen Tagen auch nominell. Es war ganz klar, daß ein Friedensangebot in England durch die Ernennung Lloyd Georges endgültig zerfallen wäre.

Der Charakter dieser willensstarken Menschen richtig einschätzte, mußte sich sagen, daß er kein Volk und nicht das Volk im Sinne, daß er die Waffen nur dann niederlegen würde, wenn England am Ende seiner Kraft war, oder sein Kriegsziel erreicht hätte. Am 12. Dezember ging unser Friedensangebot in die Welt. Die Auffassung des Heeres übernahm ein kraftvoll gehaltenes Befehl des Kaisers, die Auffassung der Heimat lag in den Händen des Reichskanzlers.

Wie die Oberste Heeresleitung im allgemeinen über die Auffassung des Volkes dachte, geht aus verschiedenen Schreiben hervor, die wir in jenen Tagen an den Reichskanzler gerichtet haben. Ein Schreiben vom 13. Dezember, das ein weitgehendes Rückzugsprogramm vorschlug, schloß mit den Worten: „Wir zweifeln nicht, daß unser Volk, wenn ihm der Ernst der Lage klar gemacht wird —“

# Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!



und das muß geschehen — alles in den Dienst des Sieges stellen. Am 23. Oktober regten wir beim Reichsanwalt an, den Reichstag auf den ganzen Ernst der Lage hinzuwirken. Ich nehme an, daß das geschehen ist. Aber in der Presse unsere militärische Lage scharf zu betonen, wäre falsch gewesen. Unser Kriegsangebot hat auch trotz aller Vorsichtsmahnungen als Schwäche gewirkt. Ich berufe mich auf die Aussagen des Grafen Bernstorff über sein Gespräch mit Lansing und auf zahllose Pressestimmen des feindsüchtigen und neutralen Auslandes. Sollten wir dieses Schwächebild noch vermehren durch eine harte Betonung der Lage auch in der deutschen Presse? Ein Zusammenarbeiten mit dem Reichsanwalt auf dem Gebiet der Aufklärung des Volkes würde von uns nach allen Richtungen erstrebt. Aber Kriegspropaganda und Ferkel waren die beabsichtigte Behörde.

### Die Vernichtung der deutschen Handelsflotte.

Der Deutsche See-Verein, der die Arbeit des Deutschen Flottenvereins fortführt, nimmt in einer scharfen Kundgebung Stellung gegen den neuesten Erpressungsversuch der Entente. Wir lassen sie im Wortlaut folgen:

Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1918 war die ganze deutsche Handelsflotte unseren Gegnern zur Verfügung zu stellen, während der Friedensvertrag die Auslieferung aller Schiffe von einem Tonnengehalt über 1000 Register-Tonnen sowie der Hälfte der Schiffe unter 1000 Tonnem fordert. Damit noch nicht zufrieden, hat jetzt der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte, um verschiedene angelegte Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens, vor allem die Verletzung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow, nicht ungestraft zu lassen, neben der Auslieferung der letzten fünf uns noch verbliebenen einigermassen modernen Kreuzer „Königsberg“, „Bismarck“, „Graudenz“, „Regenburg“ und „Strasbourg“ die Uebergabe von Schwimmbooten, schwimmenden Kränen, Schleppten und Bogger von insgesamt 400 000 Tonnem gefordert. Wenn Deutschland sich hierzu nicht sofort verpflichtet, so soll nicht nur der Friedensvertrag nicht in Kraft treten, sondern es werden noch besondere militärische und andere Zwangsmahnahmen angedroht. Mit anderen Worten, wir haben uns auf eine neue Hungerblockade gesetzt zu machen. Diese Forderung zeigt aufs Neue, und das deutsche Volk muß es jetzt endlich erkennen, daß es unserm Hauptgegner England nicht darum zu tun war, unsere Kriegsschiffe unschädlich zu machen, sondern daß sein letztes Ziel die Vernichtung unserer Handelsflotte war und ist. Denn nichts anderes als die völlige Vernichtung unserer Schifffahrt würde die Erfüllung dieser neuen und unerhörten Forderung bedeuten. Der uns nach den Friedensbedingungen verschleuderte Schiffsbestand wird, selbst wenn wir erst wieder ungehinderten Gebrauch davon machen könnten, bei weitem nicht für die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft ausreichen, so daß wir zu einem großen Teil fremden Schifffahrttreibern den Rationen tributpflichtig bleiben werden. Geben wir jetzt auch noch unsere Schleppten und Bogger heraus, so ist auch unsere Küsten- und Binnenschifffahrt lahmgelegt. Die Flüsse, Flußverbindungen, Häfen und Kanäle können ohne dauernde Bongeratianteil nicht für den Schiffsverkehr offengehalten werden, die Versorgung unserer Küsten- und Binnenhäfen mit Kohlen und anderen Rationsgütern würde unterbunden, wenn keine Dampfer zum Schleppten der Ratione zur Verfügung stehen. Das Vieh und Baden schwerer Güter, wie z. B. Schiffstiesel usw., wird beim Fehlen von schwimmenden Kränen so gut wie unmöglich. Auch der Schiffbau würde sich schwerlich entwickeln und ferner durch die Auslieferung der Schwimmboote, von denen 75 v. H. mehr als 10000 Tonnem Tragfähigkeit haben sollen, die Möglichkeit zur Vornahme von Ausbesserungen und Bodenreparaturen verlieren. Gerade für die Handelsflotte sind ja die schwimmenden Docks von größter Bedeutung, während die in den Kriegsjahren vorhandenen Trockendocks, weil zu entlegen, für Handelschiffe nur in den seltensten Fällen in Betracht kommen. Die Erfüllung dieser Bedingungen würde für unsere gesamte Volkswirtschaft von den unheilvollsten Folgen sein. Besonders hart würde aber unsere leesehende Bevölkerung getroffen werden. Auch der geringe Teil, der bisher noch Beschäftigung in seinem Berufe fand, würde erwerbslos werden, ein Schicksal, das auch eine große Anzahl von Arbeitern auf den Werften mit ihnen teilen würde. Wir können und dürfen diese neuen vernichtenden und schmachvollen Bedingungen nicht annehmen!

### Ein Tschecho-slowakischer Staatenbund?

Aus Wien wird zurzeit gemeldet, daß der bekannte Slowakenführer Hlinka an die Friedenskonferenz eine Denkschrift gerichtet hätte, in der sie erlucht wird, die Selbständigkeit der slowakischen Republik jetzt anzuerkennen und aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien einen Staatenbund zu bilden. Die Denkschrift soll auch die Unterschrift von zwei Millionen Slowaken tragen.

Die Meldung darf, nach den in letzter Zeit aus der Slowakei eingegangenen Nachrichten, als durchaus glaubwürdig erscheinen. Vater Hlinka ist der Führer der liberalen Partei in der Slowakei, die ja die weitaus stärkste des Landes ist. Er hat es verstanden, den Zornstand gegen die Tschechen und die Regierung in Prag mobil zu machen. Diese Bewegung beruht auf dem unentwegten Festhalten der slowakischen Bauern an ihrem katholischen Glauben, den sie jedoch, von tschechischer Seite als bedrängt betrachten. In der Ueberzeugung, für eine gerechte Sache zu kämpfen, ging Vater Hlinka also nach Paris, um vor dem Großen Rat die Rechte seines Volkes dort zu vertreten. Wilson, Clemenceau und Wood George hatten ihre Informationen, auf denen somit die Bildung des Tschecho-slowakischen Staates beruhte, ausschließlich von tschechischer Seite erhalten. Das Bild, das Vater Hlinka über in Paris über die völkische Zusammenfassung des neuen Staates und über die Wünsche der Slowaken entwarf, wird nun sehr erheblich von dem ab, das damals der Friedenskonferenz wohl bei der Austellung der österreichisch-ungarischen Monarchie vorwurfsweise. Die Tschechen haben ihm deshalb kein Vorzeichen in Paris sehr übel genommen. Was er auf der Rückreise nun in Prag anfangs, wurde er von der tschechischen Regierung verhaftet; noch heute befindet er sich hinter Schloß und Riegel. Dieser Gewaltakt scheint jedoch seinem Wirken für die nationale Selbständigkeit der Slowakei kein Ende gemacht zu haben. Wenn tatsächlich also die von ihm verkündete und dem Obersten Rats übermittelte Denkschrift somit die Unterschrift von zwei Millionen Slowaken aufweisen hätte, dann würde ja damit offenbar sein, daß die gesamte slowakische Bevölkerung, und nicht nur die Bauernschaft, für die nationale Selbständigkeit eintritt.

Die ersten Wahlen zur Nationalversammlung des Tschecho-slowakischen Staates sind bisher von der Reaktion in Prag schon mehrfach vertagt worden, weil man von ihrem Ausfall eine für die tschechische Sache bedrohliche Niederlage befürchtet. Der neue Staat Tschechien zählt rund 14 Millionen Einwohner. Davon entfallen etwa 6 Millionen auf die Tschechen, fast 3 Millionen auf die Slowaken, mehr als 3 Millionen auf die Deutschen, der Rest auf Magyaren, Ruthenen und Polen. Es

besteht mithin durchaus die Möglichkeit, daß die Tschechen also in der Nationalversammlung in eine Minderheit geraten, welche es ihnen unmöglich machen würde, ihre Pläne zur allmählichen Tschechisierung des Landes nimmermehr zu verwirklichen. Es ist diese Erkenntnis demnach eine der Gründe, die in neuester Zeit die Tschechen veranlaßt haben, eine Verständigung mit den Deutschen zu suchen. Der hauptsächlichste ist nun die künftige Volksabstimmung, die entscheiden soll, ob Tschechen, Polnische oder Polen oder zu Tschechien gehören wird. Ausschlaggebend für diese Entscheidung dürfte also die Abstimmung der Deutschen sein. Es darf daher wohl als wahrscheinlich gelten, daß das Deutschstum in Tschechien sich leidlich für die Tschecho-Slowakei entscheidet, wenn zu erwarten ist, daß die von der Prager Regierung in letzter Zeit mehrfach betonte Absicht zur Herstellung von guten Beziehungen zum Deutschen Reich vollkommen aufrichtig gemeint ist.

Daß Vater Hlinka, mit seiner Denkschrift über die Bildung eines Staatenbundes aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien, in Paris oder einen Erfolg haben wird, ist kaum anzunehmen. Der Oberste Rat hat ja noch eine so reichliche Zahl von schwierigen Problemen zu lösen, daß es sicherlich kein Bedürfnis empfinden wird, die tschecho-slowakische Frage neu aufzurollen. Die Denkschrift beweist aber, daß die Staatsgründer der Prager Friedenskonferenz auch bei der Schaffung von Tschechien eine unglückliche Hand gehabt haben. Sie steht ebenfalls im ärgsten Widerspruch zu Wilson's Grundgedanken der Selbstbestimmung der Völker. Diesen Grundgedanken würden zwar die Pläne Hlinka's eher gerecht werden. Die Tschecho-Slowakei ist nun kein Einheitsstaat, sie umschließt ein Völkergemisch, wie es im alten Österreich in der gleichen Zusammenfassung vorhanden war. Trotzdem hat man in Paris ein neues Staatengebilde geschaffen, dem alle die Fehler anhaften, die doch aber in Österreich schließlich zum Zusammenbruche führten.

### Rundgebungen der Prager tschechischen Studentenschaft.

Sehlin fand in Prag eine allgemeine tschechische Studenterversammlung statt, bei der die Studenten beider deutscher Hochschulen vertreten waren. Die Studentenschaft sah eine Verschlingung, in der es u. a. heißt, daß die Prager deutschen Studenten mit Unterstützung davon Kenntnis genommen haben, daß die tschechische Nationalversammlung beschließt, durch die Anerkennung des bisherigen Unversitätsgesetzes die Rechte und den Bestand der deutschen Unversität mit Füßen zu treten. Die Studenten und Studentinnen vernahmen sich auf das entschiedenste gegen jeden beratigen Versuch und schloßen sich der Rundgebung des akademischen Senates vom 11. Oktober 1918 an, daß an der Unversität und den Einrichtungen der deutschen Unversität ohne Rücksicht und Zustimmung der deutschen Unversitätsbehörden und der deutschen Vertreter des deutschen Volkes nichts geändert werden darf. Die Versammlung nimmt mit tiefstem Bedauern davon Kenntnis, daß der nahezu fertiggestellte Neubau des chemischen Institutes anderen Zwecken zugeweiht wurde.

### Die Lage im Osten.

#### Indenitsch's Rücktritt als Oberbefehlshaber.

Amsterd., 18. Nov. (W. B.) Die „Times“ melden aus Helsinki, daß Indenitsch als Oberbefehlshaber über die Nordwestarmee zurückgetreten ist und Waldener, der zugleich Befehlshaber des estländischen Heeres ist, den Befehl übernommen hat. Diese Maßnahme verfolgt den Zweck, die Unterwerfung der russischen Armee zu verhindern, sollte sie sich nach weiter nach Ostland zurückziehen müssen.

#### Kriegsminister Guskow über den Bolschewismus.

Der Vertreter des Intern. Tel.-Büros hatte eine Unterredung mit dem zurzeit in Berlin weilenden russischen Kriegsminister A. I. Guskow. „In jedem Falle, das man aufschlägt“, sagte Herr Guskow, „steht man jetzt auf Frieden mit den Bolschewisten. Kennt man wirklich die Sowjetregierung so wenig, daß man ihre angebliche Friedensbereitschaft ernst nimmt? Glauben Sie mir, mit dem Bolschewismus gibt es keinen Frieden. Sollten, was ich weit engerer bin anzunehmen, die Alliierten je einen Vertrag mit den Trotski und Lenin schließen, so würden schon die ersten Schritte zu seiner Realisierung zeigen, daß er für die gegenwärtigen Postauer Diktatoren nichts bedeutet als ein nützliches Papier. Waffenstillstand oder Frieden, für die Bolschewisten ist er nur eine Etappe, um ihre Herrschaft weiter auszudehnen. Deutschland weiß dies ja aus eigener Erfahrung. Es mag hart klingen, aber es ist das Resultat ebenso schwerlicher wie untrüglicher Einblicke, daß es keinen anderen Weg zur Rettung Rußlands und zur Sicherheit Europas gibt, als die Wiederherstellung der Sowjetmacht mit militärischen Mitteln. Die russische Demokratie wird jedenfalls nun- und nimmermehr mit den Bolschewisten patieren, und wir selbst sind des endgültigen Sieges sicher, so sicher, daß, wenn wir auch von aller Welt verlassen wurden, wir den Kampf fortführen würden, bis Rußland befreit ist. Es wird länger dauern und größere Opfer kosten, wenn wir es ohne jede Hilfe von ausswärts tun müssen, aber das Endergebnis kann nicht zweifelhaft sein.“

### Der Friedensvertrag.

#### Der Kampf gegen den Vorbehalt Lodge's.

Washington, 18. Nov. (W. B.) Senator Hitchcock erklärte am Montag im Senat, der Präsident habe ihm gesagt, daß der Vorbehalt des Senators Lodge einer Ablehnung und Annulierung des Friedensvertrages gleichkomme und daß er den Vertrag aus dem Senat zurückziehe, wenn dieser den Lodge'schen Vorbehalt endgültig annehme.

### Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 18. Nov. (W. B.) Von den 548 Gewählten sind nur 221 bisherige Abgeordnete. 327 sind neu gewählt. Es ergibt sich auf die verschiedenen Parteien berechnetes folgendes Bild: unifizierter Sozialisten gewählt 34 (bisher 31), neu 23, unabhängige Sozialisten 6 (5), neu 1, republikanische Sozialisten 24 (18), neu 8, radikale Sozialisten 71 (69), neu 32, linksrepublikanische 117 (49), neu 68, republikanische Progressiven 120 (82), neu 88, Action Libérale 78 (15), neu 58, Konservative 31 (12), neu 19.

### Deutsches Reich.

#### Strafantrag gegen die Kreuzzeitung.

Bonn, 18. Nov. (W. B.) Die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte am Montag unter der Ueberschrift „Die Akeren“ einen Artikel, der neben Beschimpfungen und Verleumdungen den Satz enthält: „Eine Regierung, eine Presse, eine Partei, die Bundesversammlung oder Schiedsrichter sind nicht imstande, einen Anpruch auf lokale Selbstbestimmung.“ Die Reichsregierung hat gegen das Blatt Strafantrag gestellt.

#### Eine Rechtserklärung des Erzbischofs Faulhaber.

München, 18. Nov. (W. B.) Der Erzbischof von München, Dr. von Faulhaber hat durch die bayerische Volkspartei-Korrespondenz eine umfangreiche Erklärung veröffentlicht, in der er nach einigen kurzen Anknüpfungen der Presse, der er u. a. „Tiefstand der christlichen Weltanschauung“ vorwirft, „einige Mißverständnisse oder Mißdeutungen“ seiner Rede beim Münchner Katholikentag richtig stellt. Der Erzbischof wendet sich

vor allem gegen die Behauptung, er habe auf dem Münchner Katholikentag gesagt, die Katholiken sollen und müßten den Staat neuweihen. Er habe sich nur gegen die Einführung einer zwinglichen und zweideutigen Schwurformel gewandt. Die unehrerhörte Verleumdung des Katholikentags wolle die Behauptung, er hätte zur Staatshinterlegung aufgerufen und dem Kapitalismus gäuliche die Grundlage über der Staatshinterlegung gestellt. In Wirklichkeit war die Rede gegen den Kapitalismus gerichtet, ein Vorwurf an die Völker, mit der Uebersicht, dem verfluchten Mammonismus unserer Tage zu weichen.

### Die beginnenden Tarifverhandlungen im Groß-Berliner Bankgewerbe.

Die Botenauflösche der Berliner Großbanken haben vor einiger Zeit den Allgemeinen Verband der Deutschen Bank und Sektoren Kassendoten beauftragt, einen neuen den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Tarif auszuarbeiten und gemeinsam mit den Vertretern der kaufmännischen Angestellten mit den Verhandlungen in Verhandlung zu treten. Die Vorarbeiten sind jetzt beendet. Der Entwurf der Sektoren Kassendoten des Allgemeinen Verbandes ist von den Vertrauensleuten und den Botenauflöschen angenommen worden.

Der Entwurf enthält in seinen grundsätzlichen Forderungen u. a. die Forderung nach Einführung eines Reichstages, den Ausbau des bestehenden Reichsbestimmungsorgans und eine umfassende Reorganisation der Gehälter. Die Gehaltsskala werden für den 20jährigen gewerblichen Arbeiter 4300 M. und als Höchstgehalt nach vollendetem 30. Dienstjahre 10 500 M. gefordert. Diese Sätze, in denen bereits die Teuerungszulage enthalten ist, sollen nur für Berlin gelten. Für die anderen deutschen Bankstädte sind Dreiecksätze festgelegt, deren endgültige Festsetzung brüskigen Verhandlungen überlassen bleiben soll.

### Blatz.

#### Der Prozeß gegen Reichsanwalt Heilmann.

München, 18. Nov. (W. B.) Der Münchner Reichsanwalt, wie bereits berichtet, dem Reichsanwalt Dr. Heilmann, u. a. in Dandau (Blatz) den Prozess gemacht, daß er sich an den landesverderlichen Tziden in der Blatz beteiligt und böser Ungerdes Organs von den Franzosen erhalten habe. Dr. Heilmann hat gegen den verurteilten Schriftsteller des „Münchner Beobachters“, Hans Müller, die Selbstverpflichtung gestellt, über die bereits einmal verhandelt wurde. Der Prozeß wurde damals vertagt, um ein Angebot der dem Reichsanwalt in München die Nachricht einzulassen, daß ein Vermittlungsversuch gegen Dr. Heilmann jetzt nicht scheitert. Daraufhin wurde der Selbstverpflichtung vor dem Schöffengericht wieder aufgenommen. Er endet mit einem Ergebnis, indem der Angeklagte erklärt, er habe den Reichsanwalt gegenwärtig auf Grund von Informationen aufgenommen. Das Ergebnis der Hauptverhandlung könne er in dem Urteil enthalten sein, diese mit Behauptungen zurück. Er behauptet, die Kritik aufgenommen zu haben, und nehme, soweit in ihm die Möglichkeit enthalten ist, diese mit Behauptungen zurück. Der Besagte übernimmt die Rollen, dem Kläger wurde die Publikationsbehauptung in mehreren Tageszeitungen verlesen.

### Die Donaustaaten.

#### Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 18. Nov. (W. B.) Ungar. Korrespondenz. Der Reichsrat hat einstimmig beschlossen, die Wahlen zur Nationalversammlung im ungarischen Gebiet des Landes am 21. Dezember auszuführen. Die Nationalversammlung wird am 2. Januar zusammengetreten.

### Schweiz.

#### Die Erbschaftsfrage der Schweiz.

Appenzell, 18. Nov. (W. B.) Die Appenzeller Zeitung hat die Meldung der Genfer „Suisse“, die Schweiz werde die Erbschaftsangelegenheiten an Deutschland in Höhe von bisher 64 Millionen Franken stellen, in dieser Form für unrichtig erklärt. Die schweizerische Presse hat durch den Landeshauptmann von Schöben gelassen sei, werde Deutschland allerdings im Prinzip für lösbar erklärt werden, weil der Krieg durch den schweizerischen Staat nicht zu verantworten sei. Wegen der Erbschaftsangelegenheiten würde aber die Schweiz direkt mit Deutschland verhandeln. Wenn die Schweiz deswegen an die Friedenskonferenz appellieren und sich als eine Art Zwangsverpflichtungsbehörde gegenüber Deutschland in Anspruch nehmen würde, gebe sie damit ihre Neutralität auf und würde zur Kriegspartei. Für die Verhältnisse der schweizerischen Staatsangehörigen in Belgien und Nordfrankreich während des Krieges hat das Deutsche Reich wohl aufzukommen. Diese Erbschaftsangelegenheiten sind genau zu interpretieren und Sorge zu tragen, die schweizerischen Interessen nicht hintangestellt werden.

### Letzte Meldungen.

#### Der französische Botschafter für Berlin.

Amsterdam, 17. Nov. (W. B.) Die Times erfahren aus Chassin: De Harvill, der während des Krieges französischer Generalkonsul in Genava war, wurde zum französischen Botschafter in Berlin ernannt und wird seinen Posten demnächst antreten.

#### Unfreundliche Haltung des Münchener Publikums gegen französische Offiziere.

München, 18. Nov. (W. B.) Am Sonntag war in München das Gerücht verbreitet, daß am Marktplatz einige Mitglieder der für München bestimmten Entente-Kommission befragt worden seien. Nach unfernen Kundgebungen ist hieran nichts Wahres. Dagegen ereignete sich am Samstag nachmittags 5 Uhr am Bahnhofplatz ein Vorfall, der wohl zu den Gerüchten Anlaß gegeben hat. Dort wollten um die angegebene Zeit zwei französische Offiziere, von denen der eine Uniform trug, eine Kundgebung abhalten. Der Drohkrautler erklärte, daß er befragt sei, und verweigerte die Ausführung der Fahrt. Die Franzosen erklärten darin einen unfreundlichen Akt, zeigten sich unzufrieden und verlangten die Aufnahme der Fahrt, worauf es einen Aufruhr gab, wobei schließlich das Publikum gegen die Franzosen Stellung nahm. Diese wurden von einem Einheimigen in das Innere des Bahnhofes geleitet. Sie verließen den Schauplatz ihres nicht gerade taktvollen Benehmens in einer anderen Drohsache, wobei das Publikum nochmals gegen sie Stellung nahm. Ein städtischer Beamter machte das Publikum auf das Unvernünftige dieser Stellungnahme aufmerksam und wies darauf hin, daß in Berlin ein ähnlicher Vorfall zu schweren Ausschreitungen und zu einer empfindlichen Bekräftigung der Stadt geführt habe und daß es im Interesse Münchens liege, Unfreundlichkeiten gegen Vertreter der Ententemächte zu vermeiden. Es setzte schließlich die Vermunft und ruhig ging die Menge auseinander.

× Bisingen, 17. Nov. Um zu verhindern, daß die aus dem Bodenbereich ausweichenden Schieber sich hier festsetzen, wurden strenge Maßnahmen gegenüber den Goldhändlern getroffen.

× Gahr, 17. Nov. Vor weiten Toren war ein aus dem besetzten Gebiet kommendes Schiffs mit einem Botschaftsmann anhalten und seine verdächtige Korrespondenz beschlagnahmt. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Falschwaren pharmazeutische Dose enthielten. Die Schifffahrt hatte einen Wert von über 100 000 Mark.

× Konstanz, 17. Nov. Die Posten verdächtige einen kleinen Händler, der aus Biel und Aint einen Katalisch im Gewicht von 200 Gramm beschlagnahmt hatte. Er hatte einen Uebernehmer erhalten, um seinen Verfall von 10 000 Mark zu beschlagnahmen, daß der Beschäftigte Wain ist, um ihn dann an einen Kaufmann von St. Gallen um 120 000 Mark zu verkaufen. Der Uebernehmer war aber auf das Geschäft nicht eingegangen und hatte den Händler angesetzt.



Aus Stadt und Land.

Der Ausfall in der Mannheimer Metallindustrie.

Die Wiederaufnahme der Arbeit. Die heute vormittag betriebsweise vorgenommenen...

Die Differenzen bei der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft

Die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten und... Die Differenzen bei der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft...

Die Verlegung des Schulbetriebs der Oberrealschule nach der Eisellothschule. Die zwingenden Gründe für die Verlegung des Schulbetriebs...

Frankfurter Theater. Der ungarische Haimst, kann sich über die... über die Annahme eines Werkes ebenso bestimmt wie über die...

Von auswärtigen Bühnen. (Ries) an der Dresdner Oper. Die Deutsche Oper... Die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten...

Die Wiederaufnahme der Arbeit. Die heute vormittag betriebsweise vorgenommenen...

Die Differenzen bei der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft. Die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten...

Die Verlegung des Schulbetriebs der Oberrealschule nach der Eisellothschule. Die zwingenden Gründe für die Verlegung...

Frankfurter Theater. Der ungarische Haimst, kann sich über die... über die Annahme eines Werkes ebenso bestimmt wie über die...

Von auswärtigen Bühnen. (Ries) an der Dresdner Oper. Die Deutsche Oper... Die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten...

Tabesfall. Das frühere Mitglied der II. Kammer, Stif...

Polizeibericht vom 18. November. Nord. Am 17. d. M. abends 7 Uhr, wurde in Pforsheim die...

Aus dem Lande. ch. Schriesheim, 17. Nov. Die Nacht hat auf alle Straßen...

Pfalz, Hessen und Umgebung. sw. Worms, 17. Nov. Ein in den Delta-Works ausge...

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterdienste in Karlsruhe. Beobachtungen vom Dienstag, den 18. Noobr 1919, 8 Uhr morgens (MEZ).

Table with 5 columns: Ort, Luftdruck in NN, Temp. C, Wind, Wetter. Lists weather observations for various locations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Table with 5 columns: Ort, Luftdruck in NN, Temp. C, Wind, Wetter. Lists weather observations for Karlsruhe, Heidelberg, etc.

Hochschulnachrichten. Wie wir hören, hat Prof. Dr. Ernst Vertl an der Technischen...

Wettervorhersage für Mittwoch, den 19. November, nachts. Unbeständig, häufigere westliche Winde, Regenfälle, milder...







Offene Stellen

Fabrik in Schwetzingen sucht tüchtige Kontoristin

Lebensversicherung. Helferin.

Industrie-Versicherungs-Gesellschaften werben

Teilhaber

Reisende

Lehrling

Verkäuferin

Stenotypistin

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Lindenhof neues Eckhaus

Wohnhaus

Damen-Mäntel

Stütze

Einlegerinnen

Stellen-Gesuche

Samt-Hut

Ueberzieher

Neuer Damenmantel

Herrengummi-Mantel

Smoking-Anzug

Englischer Ulster

Mass-Anzug

Chevreux-Stiefel

Hosen

Rodelschlitten

Wohnhaus

Rentable Wohn- und Geschäftshaus

Federröllchen

Ludwig Frey

Wohnhaus

Wohnhaus

Wohnhaus

Wohnhaus

Wohnhaus

Verkauft preiswerter Möbel

Gediegenes Schlafzimmer 1480 M.

Ein Bettstelle

Gute National-Kasse

Gute Violine

Stuhlschlitten

Kleine Drehbank

Pitch-pine-Küchen

M. Bramlik

Weißer Hard

Zu verkaufen: Kinderbank und Tisch

Drehstrom-Motore

Ein Posten Angel-Ruten

Kaufe Zahngebisse, Kleider und Möbel.

Miet-Gesuche

Gut möbliertes Zimmer

Erfahr. tücht. Kaufmann

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Spezialhaus für elektr. Beleuchtungskörper. aus edlen Materialien, Messing, Bronze, Schmiedeeisen.

Guten Hof- u. Zughund

Kauf-Gesuche

Schreibmaschine

Schreibmaschine

Telephonnummer

Gelesene Bücher

Konservendosen

Gold

Schreibmaschine

Planino oder Flügel

Kaufe

Miet-Gesuche

Gut möbliertes Zimmer

Erfahr. tücht. Kaufmann

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

2-3 möblierte Zimmer

Wohn- und Schlafzimmer

Kauf-Gesuche

Schreibmaschine

Schreibmaschine

Telephonnummer

Gelesene Bücher

Konservendosen

Gold

Schreibmaschine

Planino oder Flügel

Kaufe

Miet-Gesuche

Gut möbliertes Zimmer

Erfahr. tücht. Kaufmann

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Jüngerer Mann

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!

Heirat!



